

**HINWEIS:** Die Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft weist darauf hin, dass es sich bei dem vorliegenden Dokument um eine elektronisch übersandte Kopie handelt. Allein die in Papierform übergebenen Unterlagen sind maßgeblich. Die elektronisch übersandte Kopie ist nur zur internen Verwendung durch die Organe des Unternehmens bestimmt, sofern nicht gesetzliche Regelungen oder Bestimmungen in der Auftragsvereinbarung eine Weitergabe oder Einsichtnahme vorsehen. Eine darüber hinausgehende Weitergabe oder Einsichtnahme ist nur nach vorheriger schriftlicher Freigabe durch die Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft zulässig und im Übrigen nicht gestattet.

digitale Kopie

## **Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Wachau Wachau**

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses  
zum 31. Dezember 2018 und des Lageberichts  
für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018



digitale Kopie

**Rödl & Partner GmbH**

**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft**

Freiberger Straße 37  
D-01067 Dresden  
Telefon +49 (3 51) 8 31 72-0  
Telefax +49 (3 51) 8 31 72-32  
E-Mail [dresden@roedl.com](mailto:dresden@roedl.com)  
Internet [www.roedl.de](http://www.roedl.de)

Die für die Produktion dieser Mappe verwendeten Materialien inklusive Deckfolie mit den Bestandteilen PET (Polyethylenterephthalat) und PP (Polypropylen) sind biologisch abbaubar und recyclingfähig.



## Inhaltsverzeichnis

<b>1. PRÜFUNGSaufTRAG</b>	<b>6</b>
<b>2. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN</b>	<b>7</b>
Lage des Eigenbetriebs	7
Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreterin	7
2.1 Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf	7
2.2 Künftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung	8
2.3 Unregelmäßigkeiten	9
<b>3. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG</b>	<b>10</b>
3.1 Gegenstand der Prüfung	10
3.2 Art und Umfang der Prüfung	10
<b>4. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG</b>	<b>13</b>
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	13
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	13
4.1.2 Jahresabschluss	13
4.1.3 Lagebericht	14
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	14
4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	14
4.2.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen	14
4.2.3 Änderungen in den Bewertungsgrundlagen	14
4.2.4 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	14
4.2.5 Aufgliederungen und Erläuterungen	14
<b>5. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSaufTRAGES</b>	<b>15</b>
<b>6. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBEMERKUNG</b>	<b>16</b>
<b>7. ANLAGEN ZUM PRÜFUNGSBERICHT</b>	

## 1. PRÜFUNGSaufTRAG

In der Gemeinderatssitzung vom 13. Mai 2020 des

### **Eigenbetriebs Abwasserentsorgung Wachau Wachau**

- nachfolgend auch Eigenbetrieb oder Abwasserbetrieb genannt - wurden wir zum Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 gewählt.

Daraufhin beauftragte uns die gesetzliche Vertreterin, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 (Anlagen 7.1.2 bis 7.1.4) unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 (Anlage 7.1.1) gemäß §§ 317 ff. HGB zu prüfen.

Nach § 31 SächsEigBVO ist der Eigenbetrieb buchführungs- und bilanzierungspflichtig. Er unterliegt der Prüfungspflicht gemäß § 32 Abs. 2 SächsEigBVO.

Unser Prüfungsauftrag wurde gemäß § 53 HGrG erweitert. Grundlage unserer Prüfung war der Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW PS 720). Wir verweisen auf den gesonderten Abschnitt dieses Berichts.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet dieser Prüfungsbericht, der gemäß dem IDW Prüfungsstandard: Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F.) erstellt wurde.

Dem Auftrag liegen die als Anlage 7.2.6 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017 zugrunde. Soweit in den für den Auftrag geltenden gesetzlichen Vorschriften eine Haftungshöchstsumme nicht festgelegt ist, bestimmt sich diese nach Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen und gegebenenfalls nach ergänzenden schriftlichen Vereinbarungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

Dieser Prüfungsbericht ist an den Eigenbetrieb gerichtet.

## **2. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN**

### **Lage des Eigenbetriebs**

### **Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreterin**

#### **2.1 Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf**

Die gesetzliche Vertreterin hat nach unserer Auffassung in Jahresabschluss sowie Lagebericht folgende wesentliche Aussagen zum Geschäftsverlauf und zur Lage des Eigenbetriebs getroffen:

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 weist einen Jahresgewinn in Höhe von TEUR 88 (Vj. Jahresverlust TEUR 216) aus. Hauptursache ist die Steigerung der Umsatzerlöse um TEUR 267. Im Jahr 2017 wurden in den Umsatzerlösen Erlösminderungen in Höhe von TEUR 388 aus Gebührenüberdeckungen der Bereiche Abwasserentsorgung, Straßenentwässerung und Niederschlagswasserentsorgung für den Zeitraum 2013 – 2017, resultierend aus der Nachkalkulation, erfasst.

Die Aktiva des Eigenbetriebes Abwasserentsorgung Wachau sank im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 147. Ursache hierfür ist der Rückgang des Anlagevermögens um TEUR 250 und der Anstieg des Umlaufvermögens um TEUR 103. Wesentlich für den Anstieg des Umlaufvermögens war der Anstieg der liquiden Mittel um TEUR 120.

Im Haushaltsjahr 2018 sind Anlagenzugänge in Höhe von TEUR 64 zu verzeichnen. Hiervon entfallen auf die Regenwasserleitung (RWL) Grenzweg, Feldschlöbchen, TEUR 29, die RWL Pulsnitzer Str. 9-11, Leppersdorf, TEUR 9, die RWL Ottendorfer Straße, Lomnitz, TEUR 9 und auf die Freigefälleleitung Kirchweg, Wachau, TEUR 9. Die Anlagenzugänge reichen nicht aus, um den Wert des Anlagevermögens zu erhalten.

Aufgrund unserer Prüfung stellen wir fest:

Die Aussagen der gesetzlichen Vertreterin zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf des Eigenbetriebs geben insgesamt eine zutreffende Beurteilung der Lage des Eigenbetriebs wieder.

#### **2.2 Künftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Die gesetzliche Vertreterin hat nach unserer Auffassung im Lagebericht folgende wesentliche Aussagen zur künftigen Entwicklung und zu den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des Eigenbetriebs getroffen:

Vor dem Hintergrund der Schaffung von geplanten Eigenheimstandorte und Mietwohnungen im Gebiet der Gemeinde sowie doppelt so hohen Geburtenzahlen wie Sterbefälle geht die Betriebsleitung von einer Stabilisierung bis hin zu einem leichten Anstieg der Bevölkerungszahlen und damit der Einnahmen des Abwasserbetriebes aus.

Allerdings sieht sich der Eigenbetrieb auch mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert.

Die Liquiditätssituation des Eigenbetriebes Abwasserentsorgung Wachau verbesserte sich auch nach Einführung der kostendeckend kalkulierten Gebühren zum 1. Januar 2014 nicht wesentlich. Im Ergebnis der Nachkalkulation 2013 – 2017 wurde deutlich, dass die kalkulierten und gegenüber dem Bürger abgerechneten kalkulatorischen Zinsen im Zeitraum 2013 – 2017 um TEUR 370 unter den tatsächlichen Zinsen lagen.

Vor diesem Hintergrund fehlen dem Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Wachau für größere Investitionen finanzielle Mittel. Auf Grund der Haushaltskonsolidierung der Gemeinde Wachau ist eine Liquiditätshilfe aus dem Gemeindehaushalt derzeit nicht möglich. Die Finanzierung von Investitionen aus Kassenkrediten kommt aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht in Frage. Für die solide Finanzierung der erforderlichen Investitionen ist eine Kreditaufnahme erforderlich. Zum aktuellen Zeitpunkt wird diese vom Rechts- und Kommunalamt Bautzen nicht genehmigt.

Die größte Investitionsmaßnahme, die noch getätigt werden muss, ist die Altkanalsanierung im Ortsteil Feldschlöbchen „Schwabstiftung“. Der Ortsteil Feldschlöbchen leitet das anfallende Schmutzwasser über den in der Schwabstiftung liegenden Schmutzwasserkanal in die Kläranlage Radeberg ein. Bei diesem Schmutzwasseraltkanal ist ein starker Fremdwassereintritt zu verzeichnen, der auf die maroden Kanäle, Rohrverbindungen sowie Schächte zurückzuführen ist. Hierzu liegen ein Schreiben sowie eine Dokumentation vom Abwasserzweckverband „Obere Röder“ vor. In diesem Schreiben wird angeführt, dass bei Starkniederschlägen der Sammler einschließlich des Schmutzwasserpumpwerkes in Liegau-Augustusbad, Hauptstraße, überlastet wird und zum Rückstau auf der Kurhausstraße führt. Diese Baumaßnahme wurde in 5 Bauabschnitte geteilt. Eine Umsetzung erfolgte für die Bauabschnitte 4 und 5. Die Umsetzung der kostenintensiveren Abschnitte 1 bis 3 ist noch offen.

Da der AZV wiederholt die Gemeinde auf das Problem hingewiesen hat und hier unbedingter Handlungsbedarf besteht, wurde in der Gemeinderatssitzung am 11. September 2013 das Ingenieurbüro ITAV mit einer weiteren Variantenuntersuchung und einer evtl. einhergehenden Baukostenminimierung beauftragt. Die reinen Baukosten gemäß den Varianten belaufen sich auf über TEUR 900. Im Haushalt 2019 wurde die Investition nicht veranschlagt, da die Finanzierung nicht abgesichert werden kann.

Ein weiteres Risiko stellen die zu erwartenden trockeneren Sommer oder längere Trockenperioden dar. Durch sie kann es zu Ablagerungen in der Kanalisation und in der Folge zu erhöhter Korrosion im Abwassernetz, erhöhter Geruchsbildung und sogar zu einem zunehmenden Auftreten von Ungeziefer kommen.

Zudem zeigen Beispiele aus jüngster Vergangenheit, dass das vorhandene Kanalnetz bei Starkregenereignissen die Wassermengen häufig nicht schnell genug abführen kann und es dann zu Überschwemmungen kommt. Bei einer zukünftigen Häufung von Starkregen und Extremwetterereignissen erhöht sich die Gefahr der zeitweisen Überlastung des Kanalnetzes und der in der Folge entstehenden Überflutungen.

Für 2019 wurde ein Jahresgewinn von TEUR 21 geplant. Laut dem ungeprüften Jahresabschluss ist ein Jahresüberschuss von TEUR 89 erwirtschaftet worden.

Aufgrund unserer Prüfung stellen wir fest:

Die Aussagen der gesetzlichen Vertreterin im Lagebericht spiegeln insgesamt die künftige Entwicklung sowie die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung nach unserer Auffassung zutreffend wider.



## 2.3 Unregelmäßigkeiten

Bei Durchführung der Jahresabschlussprüfung haben wir die nachfolgend dargestellten Unrichtigkeiten und Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften zur Rechnungslegung festgestellt.

Die Jahresabschlusserstellung zum 31. Dezember 2018 erfolgte entgegen § 31 Abs. 2 SächsEigBVO nicht innerhalb von vier Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres. Zudem erfolgte die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017 entgegen § 34 Abs. 1 SächsEigBVO nicht innerhalb von neun Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres, sondern erst am 13. Mai 2020 und somit verspätet.

digitale Kopie

## **3. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG**

### **3.1 Gegenstand der Prüfung**

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie der dazu eingerichteten internen Kontrollen liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreterin des Eigenbetriebs.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung und der uns erteilten Aufklärungen und Nachweise ein Urteil über den Jahresabschluss und den Lagebericht abzugeben.

Dazu haben wir die Buchführung, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang (Anlagen 7.1.2 bis 7.1.4), und den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 (Anlage 7.1.1) des Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Wachau, Wachau, geprüft. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung deutscher handelsrechtlicher Rechnungslegungsvorschriften aufgestellt.

Der Prüfungsgegenstand wurde gemäß § 53 HGrG um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung erweitert.

Im Rahmen des uns erteilten Auftrages haben wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften über den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den Lagebericht geprüft. Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlicher Tatbestände, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit von Jahresabschluss und Lagebericht betreffen, nicht Gegenstand unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie der dazu eingerichteten internen Kontrollen.

Soweit nichts anderes bestimmt ist, hat unsere Prüfung sich nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

### **3.2 Art und Umfang der Prüfung**

Wir haben unsere Prüfung nach §§ 317 ff. HGB und unserem geschäftsrisikoorientierten Prüfungsansatz unter Beachtung der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Unserem geschäftsrisikoorientierten Prüfungsansatz gemäß haben wir eine am Geschäftsrisiko des Eigenbetriebs ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung erfordert unser Verständnis der Geschäftstätigkeit und des wirtschaftlichen und rechtlichen Umfeldes sowie der wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebs auf der Grundlage von Auskünften der gesetzlichen Vertreterin sowie anderer Auskunftspersonen und erster analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems des Eigenbetriebs.

Mit diesem Verständnis haben wir ein prüffeldbezogenes risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das auf der Grundlage der festgestellten eigenbetriebs- und prüffeldbezogenen Risikofaktoren unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems des Eigenbetriebs Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt.

Unsere Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben in Jahresabschluss und Lagebericht ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und wesentlicher Einschätzungen der gesetzlichen Vertreterin sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie der dazu eingerichteten internen Kontrollen.

Gegenstand unserer Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Lageberichts waren die Vollständigkeit und die Plausibilität der Angaben. Bei prognostischen Angaben haben wir uns von der Zuverlässigkeit und Funktionsfähigkeit des relevanten eigenbetriebsinternen Planungssystems überzeugt, die der Prognose zugrunde liegenden Annahmen auf Vollständigkeit und Plausibilität geprüft sowie untersucht, ob das verwendete Prognosemodell für die betreffende Problemstellung sachgerecht ist und richtig gehandhabt wurde. Wir haben die Angaben im Lagebericht unter Berücksichtigung unserer Erkenntnisse, die wir während der Abschlussprüfung gewonnen haben, beurteilt, ob sie in Einklang mit dem Jahresabschluss stehen, den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermitteln und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellen.

Unsere Tätigkeiten umfassen aussagebezogene analytische und einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen. Unsere Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten risikoorientierten Auswahl.

In Anbetracht der überschaubaren Größe des Eigenbetriebs und der Übersichtlichkeit der vorzufindenden Verfahrensabläufe haben wir im Wesentlichen aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen in den Bereichen Anlagevermögen und Sonderposten, Rückstellungen, Umsatzerlöse sowie der periodengerechten Abgrenzung von Aufwendungen und Erträgen durchgeführt.

Insbesondere wurden folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

Die Zu- und Abgänge zum Anlagevermögen sowie die Abschreibungen haben wir stichprobenhaft geprüft.

Die Rückstellungen haben wir durch Befragung von Mitarbeitern und der gesetzlichen Vertreterin auf Vollständigkeit untersucht. Die zutreffende Ermittlung der Rückstellungshöhe haben wir durch eine stichprobenhafte Prüfung der Berechnungen und eine kritische Beurteilung der vorgenommenen Schätzungen analysiert.

Bankbestätigungen haben wir von Kreditinstituten eingeholt.

Zudem prüften wir die Eröffnungsbilanzwerte im Rahmen unserer Erstprüfung.

Bei der Prüfung der Bewertung der Verbindlichkeiten aus Kostenüberdeckungen lag uns für den Zeitraum 2013 bis 2017 ein Gutachten der KEM Kommunalentwicklung Mitteldeutschland GmbH (KEM) vor. In Zusammenhang damit haben wir Kompetenz, Fähigkeit und Objektivität dieses Sachverständigen bewertet, ein Verständnis von seiner Tätigkeit gewonnen und beurteilt, ob das von ihm erstellte Gutachten als Prüfungsnachweis für den Wertansatz der Verbindlichkeiten aus Kostenüberdeckung geeignet ist.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil bildet.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von B & P GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüfte und unter dem Datum vom 18. März 2020 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 sowie der Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 des Eigenbetriebs. Mittels einer kritischen Durchsicht des Prüfungsberichts haben wir uns von der Ordnungsmäßigkeit der Eröffnungsbilanzwerte überzeugt.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden uns durch die gesetzliche Vertreterin erteilt. Die gesetzliche Vertreterin bestätigte uns die Vollständigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie der dazu eingerichteten internen Kontrollen am 5. September 2022 schriftlich.

Die Prüfung führten wir mit Unterbrechungen in den Monaten Juli 2020 bis September 2022 durch. Die Prüfung wurde am 5. September 2022 abgeschlossen.

digitale Kopie

## **4. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG**

### **4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung**

#### **4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen**

Nach unseren Feststellungen gewährleistet der im Berichtsjahr angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungssstoffes. Die Geschäftsvorfälle wurden vollständig, fortlaufend und zeitgerecht erfasst. Die Belege wurden ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und vom Eigenbetrieb erstellt.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände, des Eigenkapitals, der Schulden und der Rechnungsabgrenzungsposten sind erbracht.

Bei unserer Prüfung haben wir keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die vom Eigenbetrieb getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der ergänzenden Bestimmungen der Satzung. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen wurden in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht abgebildet.

#### **4.1.2 Jahresabschluss**

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände, die Schulden sowie das Kapital und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden in allen wesentlichen Belangen nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet, für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet.

Der Anhang enthält die notwendigen Erläuterungen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, insbesondere die von dem Eigenbetrieb angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Im Jahresabschluss sind alle rechtsformgebundenen Regelungen beachtet.

Aufgrund unserer Prüfung kommen wir zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der ergänzenden Bestimmungen entspricht.

## **4.1.3 Lagebericht**

Der von der gesetzlichen Vertreterin erstellte Lagebericht ist diesem Bericht als Anlage 7.1.1 beigelegt.

Unsere Prüfung ergab, dass der Lagebericht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

## **4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

### **4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

### **4.2.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen**

Wir verweisen grundlegend auf die Angaben der gesetzlichen Vertreterin im Anhang des Jahresabschlusses (Anlage 7.1.4).

### **4.2.3 Änderungen in den Bewertungsgrundlagen**

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden gegenüber dem Vorjahr unverändert angewandt.

### **4.2.4 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen**

Im Berichtsjahr waren keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses zu verzeichnen.

### **4.2.5 Aufgliederungen und Erläuterungen**

Wir verweisen auf unsere weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der Anlage unter Punkt „7.2.4 Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung“.

## 5. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSaufTRAGES

Unser Prüfungsauftrag wurde um die Prüfung nach § 53 Abs. 1 HGrG erweitert. Danach ist die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen, wobei insbesondere auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation, des Geschäftsführungsinstrumentariums und der Geschäftsführungstätigkeit einzugehen ist.

Grundlage unserer Prüfungshandlungen war der IDW Prüfungsstandard Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720).

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in der Anlage 7.2.5 „Feststellungen nach § 53 HGrG“ dieses Prüfungsberichts dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind. Die getroffenen Feststellungen fassen wir folgt zusammen:

- Der Geschäftsverteilungsplan vom 12. Oktober 2001 ist bislang noch nicht an die neugefasste Satzung vom 13. April 2016 angepasst worden (Fragenkreis 1a).
- Aufgrund fehlender personeller Kapazitäten konnte die endgültige Widerspruchsbearbeitung von Abwasserbeiträgen nicht erfolgen. Dadurch können diese Beiträge nicht zeitnah eingezogen werden (Fragenkreis 3f).
- Ein Risikofrüherkennungssystem im Sinne eines Kennzahlensystems gemäß § 23 Abs. 3 SächsEigBVO ist nicht umgesetzt (Fragenkreis 4).
- Die Aufstellung und der Beschluss des Wirtschaftsplans 2017 erfolgten verspätet. Ferner erfolgte die Erstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2018 entgegen § 31 Abs. 2 SächsEigBVO nicht innerhalb von 4 Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres. Zudem erfolgte die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017 entgegen § 34 Abs. 1 SächsEigBVO nicht innerhalb von 9 Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres, sondern erst am 13. Mai 2020 und damit ebenfalls verspätet (Fragenkreis 7).
- Der Eigenbetrieb ist zur Finanzierung von größeren Instandhaltungsmaßnahmen bzw. Investitionsvorhaben auf Zuschüsse der Gemeinde Wachau angewiesen (Fragenkreis 12a).

Über diese Feststellung hinaus hat die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs keine Beanstandungen ergeben.

## 6. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBEMERKUNG

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem als Anlagen 7.1.2 bis 7.1.4 beigefügten Jahresabschluss der **Eigenbetriebs Abwasserentsorgung Wachau, Wachau**, zum 31. Dezember 2018 und dem als Anlage 7.1.1 beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An das Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Wachau, Wachau:

### *Prüfungsurteile*

Wir haben den Jahresabschluss des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung Wachau, Wachau, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung Wachau, Wachau für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2018 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

### *Grundlage für die Prüfungsurteile*

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.



## *Verantwortung der gesetzlichen Vertreterin für den Jahresabschluss und den Lagebericht*

Die gesetzliche Vertreterin ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt. Ferner ist die gesetzliche Vertreterin verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist die gesetzliche Vertreterin dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist die gesetzliche Vertreterin verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist die gesetzliche Vertreterin verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

## *Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts*

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Eigenbetriebs abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von der gesetzlichen Vertreterin angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von der gesetzlichen Vertreterin dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von der gesetzlichen Vertreterin angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebs.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von der gesetzlichen Vertreterin dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von der gesetzlichen Vertreterin zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

# Rödl & Partner

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Dresden, den 5. September 2022

Rödl & Partner GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

gez. Fischl  
Wirtschaftsprüfer

gez. Hofmann  
Wirtschaftsprüfer

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und dem IDW Prüfungsstandard: Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F.).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Dresden, den 5. September 2022



Rödl & Partner GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

Fischl  
Wirtschaftsprüfer

Hofmann  
Wirtschaftsprüfer



## **7. ANLAGEN ZUM PRÜFUNGSBERICHT**

### **7.1 Lagebericht, Jahresabschluss und Bestätigungsvermerk**

- 7.1.1 Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018
- 7.1.2 Bilanz zum 31. Dezember 2018
- 7.1.3 Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018
- 7.1.4 Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018
- 7.1.5 Bestätigungsvermerk

### **7.2 Sonstige Anlagen zum Prüfungsbericht**

- 7.2.1 Rechtliche Grundlagen
- 7.2.2 Steuerliche Verhältnisse
- 7.2.3 Wirtschaftliche Verhältnisse
- 7.2.4 Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung
- 7.2.5 Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG
- 7.2.6 Allgemeine Auftragsbedingungen



## 1 Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Wachau

Im Jahr 1999 wurde der Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Wachau gegründet.

Gemäß der Betriebssatzung § 2 hat der Eigenbetrieb die folgenden Aufgaben:

- Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht
- die Beitreibung, Herstellung und Erhaltung der örtlichen Abwasseranlagen sowie der Bereitstellung der finanziellen Mittel hierfür sowie
- die Bereitstellung der finanziellen Mittel für die anteilige Beitreibung, Herstellung und Erhaltung der überörtlichen Abwasseranlagen und deren Refinanzierung.

Der Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Wachau hat im Wirtschaftsjahr 2006 alle Grundstücke im beplanten Innenbereich komplett an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossen.

Für 21 Einwohner mit Stand Kleininleitkataster vom 31.03.2017, deren Grundstücke sich im Außenbereich befinden, besteht keine Anschlussmöglichkeit an das öffentliche Abwassernetz. Hier erfolgt noch die dezentrale Abwasserentsorgung.

Die Kleinkläranlagenbesitzer von Wohngrundstücken waren gesetzlich verpflichtet, bis zum 31.12.2015 ihre Anlagen an den Stand der Technik anzupassen. Entsprechend konnten von Grundstücksbesitzern Anträge zur Förderung dieser Anlagen bei der SAB gestellt werden. Nach jetzigem Kenntnisstand ist noch 1 Grundstück säumig.

Ab dem 01.01.2014 werden gemäß der am 13. November 2013 beschlossenen Abwasserbeseitigungssatzung einheitliche kostendeckende Gebühren im Gemeindegebiet erhoben. Grundlage für den Beschluss zur Abwasserbeseitigungssatzung waren die ebenfalls am 13. November 2013 erfolgten Beschlussfassungen zum Abwasserbeseitigungskonzept, zur Globalberechnung sowie zur Gebührenkalkulation.

Die Entsorgung der Abwässer im Gemeindegebiet erfolgt in folgenden Kläranlagen:

### Kläranlage Seifersdorf

- Ortsteile Wachau und Seifersdorf

### Kläranlage Radeberg

- Ortsteil Feldschlößchen

### Kläranlage Leppersdorf (Verbandsanlage)

- Ortsteil Leppersdorf

### Kläranlage Lomnitz

- Ortsteil Lomnitz

Die Gemeinde Wachau ist mit dem Ortsteil Leppersdorf seit 01.01.1995 Mitglied im Abwasserzweckverband "Obere Röder" (AZV) und zahlt an diesen eine Betriebskostenumlage für das Betreiben und Unterhalten der Verbandsanlagen.

Für den Ortsteil Feldschlößchen besteht zum Zwecke der Entsorgung zwischen dem AZV und der Gemeinde Wachau eine Zweckvereinbarung.

Die Betriebsführung für das gesamte Gemeindegebiet hat zum 01.01.2008 der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ übernommen. Der AZV rechnet gegenüber der Gemeinde sämtliche Aufwendungen, die bei der Gebührenabrechnung und beim Betreuen der Ortskanäle und Kläranlagen entstehen, verursachungsgerecht ab.

Die Finanzierung des Eigenbetriebes erfolgt im Wesentlichen über die Abwassergebühren und Abgabeaufkommen; darüber hinaus bestehen ein Darlehen und eine Kontokorrentkreditlinie. Die Kontokorrentkreditlinie zwischen der Gemeinde Wachau und dem Eigenbetrieb wurde in 2018 nicht in Anspruch genommen.

Der aufgenommene Kredit für den Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Wachau wurde im Wirtschaftsjahr 2009 komplett vom Gemeindehaushalt auf den Eigenbetrieb übertragen. Mit Stand zum 31.12.2018 beträgt der Schuldenstand des Eigenbetriebes Abwasserentsorgung Wachau 3.144.401,23 €.

Mit Gemeinderatsbeschluss am 10.08.2016 wurde der Kredit zum 01.04.2017 mit einem Zinssatz von 0,71 % und einer jährlichen Zahlung in Höhe von EUR 280.000, die Zins- und Tilgungsanteile enthält, umgeschuldet. Die Laufzeit des Kredites endet am 30.09.2030.

Der Kassenkredit vom Kreditinstitut wurde im Wirtschaftsjahr 2018 nicht in Anspruch genommen.

Die kostendeckenden Abwassergebühren sichern die Liquidität des Eigenbetriebes Abwasserentsorgung Wachau des laufenden Geschäftsbetriebes. Sind größere Investitionsmaßnahmen oder Investitionen geplant, können diese nur, wie auch in den vorangegangenen Jahren, mit einem Zuschuss aus dem Gemeindehaushalt oder der Aufnahme von Krediten finanziert werden.

Im Verlauf des Wirtschaftsjahres 2018 wurden in 4 Gemeinderatssitzungen sowie in 1 Verwaltungsausschusssitzung Beratungen durchgeführt und Entscheidungen zum Eigenbetrieb Abwasserentsorgung getroffen.

Der Wirtschaftsplan für 2018 wurde gemeinsam mit der Haushaltssatzung der Gemeinde Wachau am 30.10.2018 beschlossen.



## 2 Rahmenbedingungen

### Gesetzliche Rahmenbedingungen

Ab dem Wirtschaftsjahr 2013 müssen die bis dahin ertragswirksam aufgelösten Abwasserbeiträge als Kapitalzuschuss dem Basiskapital zugeführt werden. Eine Auflösung findet nicht mehr statt, was die zukünftigen Ergebnisse des Eigenbetriebes belastet.

Im Haushaltsjahr 2018 musste der Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Wachau eine nach den Regelungen des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes in seiner aktuellen Fassung entsprechende Gebührenkalkulation erstellen, welche die Nachkalkulation für die Jahre 2013 – 2017 sowie die Vorkalkulation für die Jahre 2018 bis 2022 umfasst. Die Gebührenkalkulation konnte auf Grund umfangreicher Prüfungen erst im Haushaltsjahr 2020 fertiggestellt werden.

### Ökologische Rahmenbedingungen

Ein Problem stellen die zu erwartenden trockeneren Sommer oder längere Trockenperioden dar. Durch sie kann es zu Ablagerungen in der Kanalisation und in der Folge zu erhöhter Korrosion im Abwassernetz, erhöhter Geruchsbildung und sogar zu einem zunehmenden Auftreten von Ungeziefer kommen.

Beispiele aus jüngster Vergangenheit zeigen, dass das vorhandene Kanalnetz bei Starkregenereignissen die Wassermengen häufig nicht schnell genug abführen kann und es dann zu Überschwemmungen kommt. Bei einer zukünftigen Häufung von Starkregen und Extremwetterereignissen erhöht sich die Gefahr der zeitweisen Überlastung des Kanalnetzes und der in der Folge entstehenden Überflutungen.

## 3 Wirtschaftliche Entwicklung

### Bilanz

Die Aktiva des Eigenbetriebes Abwasserentsorgung Wachau sank im Vergleich zum Vorjahr um 146.993 €. Ursache hierfür ist der Rückgang des Anlagevermögens um 250.400 € und der Anstieg des Umlaufvermögens um 103.408 €.

#### a.) Anlagevermögen

Um den Wert des Anlagevermögens zu erhalten, sind Investitionen in Höhe der Abschreibung (312.774 €) zuzüglich der Restbuchwerte der Anlagenabgänge (702 €) erforderlich. Im Haushaltsjahr 2018 sind Anlagenzugänge in Höhe von 63.076 € zu verzeichnen. Hiervon entfallen auf die Regenwasserleitung (RWL) Grenzweg, Feldschlößchen 28.633 €, die RWL Pulsnitzer Str. 9-11, Leppersdorf 8.650 €, die RWL Ottendorfer Straße, Lomnitz 8.816 € und auf die Freigefälleleitung Kirchweg, Wachau 9.155 €. Die Anlagenzugänge reichen nicht aus, um den Wert des Anlagevermögens zu erhalten.

#### b.) Umlaufvermögen

Im Haushaltsjahr 2018 sanken die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 16.720 €. Der Kassenbestand stieg um 120.164 €.

c.) Eigenkapital

Infolge des Jahresgewinnes steigt das Eigenkapital um 87.503 €. Außerdem wurden Abwasseranschlussbeiträge von 4.931 € erhoben.

d.) empfangene Ertragszuschüsse

Im Haushaltsjahr 2018 wurden Ertragszuschüsse für den Grenzweg, Feldschlößchen (17.455 €) und die Ottendorfer-Str., Lomnitz (8.544 €) erfasst. Beide Zugänge konnten die Auflösung der Ertragszuschüsse in Höhe von 144.761 € nicht kompensieren. Die Position sank im Vergleich zum Vorjahr um 118.762 €.

e.) Rückstellungen

Die Rückstellungen verzeichnen im Haushaltsjahr 2018 einen starken Anstieg (+192.308 €). Ursächlich hierfür ist die Bildung von Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten. In Ansatz gebracht wurden Rückstellungen für Kostenüberdeckungen in den Bereichen Abwasser (61.300 €), Niederschlagswasserentsorgung (62.600 €) und Straßenentwässerung (73.300 €).

f.) Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten des Eigenbetriebes Abwasserentsorgung Wachau sind stark rückläufig. Zum 01.04.2017 fand eine Kreditumschuldung statt. Der Zinssatz konnte deutlich reduziert werden. Die jährliche Zahlung in Höhe von EUR 280.000 wurde beibehalten. Infolgedessen reduzierten sich im Haushaltsjahr 2018 die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 256.535 €.

Im Haushaltsjahr 2017 wurden Verbindlichkeiten aus der Kostenüberdeckung im Bereich Abwasser (317.015 €) resultierend aus der Nachkalkulation 2013 – 2017 erfasst. Diese reduzieren sich im Jahre 2018 (1. Ausgleichsjahr) um 63.403 €.

## Gewinn- und Verlustrechnung

a.) Umsatzerlöse

Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2017 ist der Jahresgewinn um 303.915 € gestiegen. Hauptursache ist die Steigerung der Umsatzerlöse um 267.018 €. Im Jahr 2017 wurden in den Umsatzerlösen -388.111 € Gebührenüberdeckungen der Bereiche Abwasserentsorgung, Straßenentwässerung und Niederschlagswasserentsorgung für den Zeitraum 2013 – 2017, resultierend aus der Nachkalkulation, erfasst. Die Vergleichbarkeit des reinen Zahlenmaterials ist damit nicht gegeben. Ohne Berücksichtigung der erfassten Überdeckungen ergibt sich eine Steigerung der Umsatzerlöse in Höhe von 12.704 €.

b.) sonstige betriebliche Erträge

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen sind die Erträge aus der Herabsetzung der Einzelwertberichtigung und der Pauschalwertberichtigung erfasst. In 2017 erfolgten überdurchschnittliche Korrekturen in Höhe von insgesamt 56.040 € im Vergleich zu 2016 (2.197 €) und 2018 (2.219 €). Zurückzuführen ist der große Korrekturbedarf des Vorjahres auf einen Vorgang in Höhe von 54.299 €. Einem Anschlussbeitragsbescheid lag eine fehlerhafte Berechnung zu Grunde. Ein neuer Bescheid über 20.970 € wurde erstellt.

c.) Materialaufwand

Ab 2018 wurde die Klärschlamm Entsorgung über die Kosten der Betriebsführung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ abgerechnet. Nach Addition und Vergleich der Positionen Kosten der Betriebsführung, Betriebskostenumlage und Klärschlamm Entsorgung ergibt sich eine Erhöhung im Vergleich zu 2017 in Höhe von 4.226 €. Der Rückgang der Position Aufwendungen für bezogene Leistungen insgesamt ist auf die Kanalreinigung (Entwicklung Vorjahr: -39.427 €) zurück zu führen.

d.) sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist auf die Erfassung eines Forderungsverlustes in 2017 in Höhe von 27.004 € zurückzuführen. In 2018 ist kein Forderungsverlust entstanden. Der Forderungsverlust in 2017 steht in Zusammenhang mit der Korrektur eines fehlerhaften Anschlussbeitragsbescheides.

e.) Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Infolge der Kreditschuldung zum 01.04.2017 mit einem Zinssatz von 0,71 % und einer jährlichen Zahlung in Höhe von EUR 280.000, die Zins- und Tilgungsanteile enthält, sanken die Kreditzinsen um 41.262 € im Vergleich zum Vorjahr.

## **4 Künftige Entwicklung**

### **Investitionsplanung 2019**

Im Wirtschaftsjahr 2019 waren Investitionen mit einer Gesamtsumme von 45.000 € vorgesehen. Für die Ortskanalisation waren 40.000 € in Ansatz gebracht. Dies betraf die umfassende Sanierung der vorhandenen Kanäle und Schächte einer Grundstücksentwässerung im Ortsteil Feldschlößchen in Höhe von 40.000 €. Der in diesem Zusammenhang geführte Rechtsstreit ist Ende 2018 beendet worden. Des Weiteren waren 5.000 € für die Ortskanalisation Wachau, Fasaneriestraße, geplant gewesen, um eine Befahrung sowie Kanalreinigung durchführen zu können, da es in diesem Straßenzug regelmäßig zu Verstopfungen kommt. Derzeit wird davon ausgegangen, dass sich eine größere Maßnahme anschließt. Vor diesem Hintergrund sind die Kosten in der Investitionsplanung erfasst.

Tatsächlich durch die Gemeinde umgesetzt wurden nur Planungsleistungen für die Regenwasserleitung in Lomnitz mit 1.053 €. Außerdem wurden Erschließungsanlagen unentgeltlich von Bauträgern auf den Eigenbetrieb für das Wohngebiet Am Mühlberg übertragen. Der Wert belief sich auf 227.843 €.

## Erfolgsplan 2019

	<b>Planansatz 2019</b>	<b>Planansatz 2018</b>	<b>vorläufiges Ist 2019</b>
Gesamteinnahmen	822.760,00 €	947.750,00 €	831.452,18 €
Gesamtausgaben	801.750,11 €	788.605,00 €	742.460,02 €
<b>Jahresgewinn/-verlust</b>	<b>21.009,89 €</b>	<b>159.145,00 €</b>	<b>88.992,16 €</b>

Für das Haushaltsjahr 2019 war ein Jahresgewinn in Höhe von 21.000 € geplant. Lt. vorläufigem (ungeprüften) Jahresabschluss ist ein Jahresüberschuss von 88.992 € erwirtschaftet worden. Die Verbesserung gegenüber dem Plan resultiert vor allem aus geringeren Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen.

Die Erträge entwickelten sich – gegliedert nach Arten – wie folgt:

	<b>Planansatz 2019</b>	<b>Planansatz 2018</b>	<b>vorläufiges Ist 2019</b>
Erlöse aus Schmutzwasser	610.000,00 €	605.000,00 €	623.027,39 €
Erlöse aus Straßenentwässerung	35.000,00 €	104.600,00 €	29.101,16 €
Regenwassergebühr	34.000,00 €	96.500,00 €	31.840,00 €
Sonstiges	2.200,00 €	500,00 €	5.102,20 €
<b>Summe</b>	<b>681.200,00 €</b>	<b>806.600,00 €</b>	<b>689.070,75 €</b>

Die Entwicklung der Erträge wird maßgeblich bestimmt von den Erlösen aus Straßenentwässerung und der Regenwassergebühr. Bei diesen beiden Positionen wurde im Rahmen der Erstellung des Wirtschaftsplanes 2019 bereits die ersten Zwischenergebnisse der Kalkulation 2018 – 2022 berücksichtigt. Dadurch haben sich die voraussichtlichen Erträge deutlich vermindert. Im Stand lt. vorläufigem Jahresabschluss 2019 wurden die Auswirkungen aus der ermittelten Gebührenüberdeckung berücksichtigt.

## Liquiditätsplan 2019

	Planansatz 2019	Planansatz 2018	vorläufiges Ist 2019
Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	121.396,16 €	221.440,88 €	290.353,39 €
Mittelzu-/Mittelabfluss Investitionstätigkeit	0,00 €	-494.000,00 €	-1.158,15 €
Mittelzu-/Mittelabfluss Finanzierungstätigkeit	-258.361,63 €	-260.200,88 €	867.620,00 €
<b>Finanzmittelbestand am Ende der Periode</b>	<b>-136.965,47 €</b>	<b>-532.760,00 €</b>	<b>1.156.815,24 €</b>

Der geplante Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit in den Jahren 2019 bis 2022 liegt unter der geplanten jährlichen Abschreibung. Das Ziel der Finanzierung der Erneuerung des Anlagevermögens durch die Erwirtschaftung der Abschreibungen kann nicht realisiert werden.

Der Bestand an liquiden Mittel reicht grundsätzlich nicht aus, um die erforderlichen Investitionen zu finanzieren. Finanzielle Unterstützung aus dem Haushalt der Gemeinde ist erforderlich. Vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung der Gemeinde Wachau sind dem klare Grenzen gesetzt. Das Rechts- und Kommunalamt Bautzen genehmigt dem Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Wachau derzeit keine Kreditaufnahme zur Finanzierung der erforderlichen Investitionen.

Der positive Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit resultiert aus der Übertragung von Mitteln der Gemeinde Wachau auf den Eigenbetrieb, um Verwarentgelte zu vermeiden bzw. auf den geringstmöglichen Betrag zu reduzieren. Die Mittel sind in den Folgejahren wieder an die Gemeinde Wachau zurückgegeben worden und stehen dem Eigenbetrieb nicht zu dessen Finanzierung zur Verfügung.

## 5 Chancen und Risiken

### Risiken

Die Liquiditätssituation des Eigenbetriebes Abwasserentsorgung Wachau verbessert sich auch nach Einführung der scheinbar kostendeckenden Gebühren zum 01.01.2014 nicht wesentlich. Im Ergebnis der Nachkalkulation 2013 – 2017 wurde deutlich, dass die kalkulierten und gegenüber dem Bürger abgerechneten kalkulatorischen Zinsen im Zeitraum 2013 – 2017 369.900 € unter den tatsächlichen Zinsen lagen. Da ein Wechsel der Zinsberechnung zwischen Vor- und Nachkalkulation gesetzlich nicht zulässig ist, sind diese Gelder unwiederbringlich verloren. Die Methode der Zinsberechnung wurde infolgedessen auf Ist-Verzinsung umgestellt.

Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass dem Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Wachau für größere Investitionen die Gelder fehlen. Eine Liquiditätshilfe aus dem Gemeindehaushalt wäre theoretisch denkbar. Auf Grund der Haushaltskonsolidierung der Gemeinde Wachau ist eine derartige Unterstützung derzeit nicht möglich. Die Finanzierung von Investitionen aus Kassenkrediten kommt aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht in Frage. Für die solide Finanzierung der erforderlichen Investitionen ist eine Kreditaufnahme erforderlich. Zum

aktuellen Zeitpunkt wird diese vom Rechts- und Kommunalamt Bautzen nicht genehmigt.

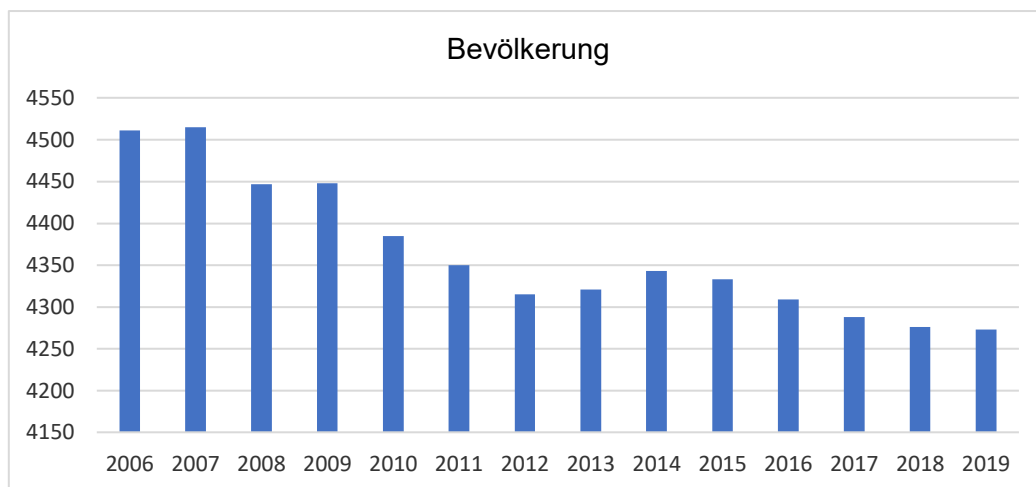
Die größte Investitionsmaßnahme, die noch getätigt werden muss, ist die Altkanalсанierung im Ortsteil Feldschlößchen „Schwabstiftung“. Der Ortsteil Feldschlößchen leitet das anfallende Schmutzwasser über den in der Schwabstiftung liegenden Schmutzwasserkanal in die Kläranlage Radeberg ein. Bei diesem Schmutzwasseraltkanal ist ein starker Fremdwassereintritt zu verzeichnen, der auf die maroden Kanäle, Rohrverbindungen sowie Schächte zurückzuführen ist. Hierzu liegt ein Schreiben sowie eine Dokumentation vom Abwasserzweckverband „Obere Röder“ vor. In diesem Schreiben wird angeführt, dass bei Starkniederschlägen der Sammler einschließlich des Schmutzwasserpumpwerkes in Liegau-Augustusbad, Hauptstraße, überlastet wird und zum Rückstau auf der Kurhausstraße führt. Diese Baumaßnahme wurde in 5 Bauabschnitte geteilt. Eine Umsetzung erfolgte für die Bauabschnitte 4 und 5. Die Umsetzung der kostenintensiveren Abschnitte 1 bis 3 ist noch offen.

Da der AZV wiederholt die Gemeinde auf das Problem hingewiesen hat und hier unbedingter Handlungsbedarf besteht, wurde in der Gemeinderatssitzung am 11.09.2013 das Ingenieurbüro ITAV mit einer weiteren Variantenuntersuchung und einer evtl. einhergehenden Baukostenminimierung beauftragt. Die reinen Baukosten gemäß den Varianten belaufen sich von 903 TEUR bis 943 TEUR. Im Haushalt 2019 wurde die Investition nicht veranschlagt, da die Finanzierung nicht abgesichert werden kann.

Ein weiteres Risiko stellen die zu erwartenden trockeneren Sommer oder längere Trockenperioden dar. Durch sie kann es zu Ablagerungen in der Kanalisation und in der Folge zu erhöhter Korrosion im Abwassernetz, erhöhter Geruchsbildung und sogar zu einem zunehmenden Auftreten von Ungeziefer kommen.

Zudem zeigen Beispiele aus jüngster Vergangenheit, dass das vorhandene Kanalnetz bei Starkregenereignissen die Wassermengen häufig nicht schnell genug abführen kann und es dann zu Überschwemmungen kommt. Bei einer zukünftigen Häufung von Starkregen und Extremwetterereignissen erhöht sich die Gefahr der zeitweisen Überlastung des Kanalnetzes und der in der Folge entstehenden Überflutungen.

Die Bevölkerungsentwicklung in der Gemeinde Wachau stellt sich seit 2006 wie folgt dar.



Das Abnahmeverhalten der Einwohner ist grundsätzlich nicht steuerbar und von verschiedenen Faktoren abhängig. In der Regel kann bei rückläufigen Bevölkerungszahlen ein Rückgang der Abnahmemenge unterstellt werden. Diese Annahme bestätigt die Mengenstatistik.

Mengenstatistik: 2014 - 2018

	2014	2015	2016	2017	2018
Einwohner (Stand: 31.12.)	4343	4333	4309	4288	4276
	in m <sup>3</sup>	in m <sup>3</sup>	in m <sup>3</sup>	in m <sup>3</sup>	in m <sup>3</sup>
Lomnitz	25.804	26.710	25.778	25.825	26.026
Leppersdorf	30.171	30.818	30.176	29.674	30.624
Wachau	23.873	24.602	24.687	25.091	25.933
Feldschlößchen	21.280	22.022	21.702	21.184	21.630
Seifersdorf	20.910	21.395	21.053	20.921	21.086
<b>gesamt</b>	<b>122.038</b>	<b>125.547</b>	<b>123.396</b>	<b>122.695</b>	<b>125.299</b>
Differenz VJ		3.509	-2.151	-701	2.604

## Chancen

In 2018 wurden im Gebiet der Gemeinde Wachau nahezu doppelt so viel Kinder geboren, wie Sterbefälle zu verzeichnen waren. Die Zuzüge lagen deutlich unter den Wegzügen. Aktuell fehlt es in der Gemeinde Wachau an Eigenheimstandorten und attraktiven Mietwohnungen. Die Gemeinde Wachau forciert deshalb die Entwicklung von Bebauungsgebieten. 2 Wohngebiete sind im Ortsteil Wachau angedacht. Die Planung sieht ca. 34 Eigenheimstandorte vor. Im Schloss in Wachau sollen 8 – 10 Wohneinheiten und im angrenzenden Rittergut 40 Wohneinheiten entstehen. Im Ortsteil Lomnitz ist Am Mühlberg die Realisierung von 38 Eigenheimstandorten durch einen Erschließungsträger vorgesehen. Im ehemaligen Rittergut in Seifersdorf plant ein privater Investor die Schaffung von 64 Wohneinheiten. Im Erbgerichtsareal im Ortsteil Leppersdorf sind 32 Mietwoh-

nungen geplant. Des Weiteren sind im B-Plangebiet „Mühlweg“ weitere 20 Wohneinheiten in Mehrfamilienhäusern angedacht.

Vor dem Hintergrund der Schaffung der geplanten Eigenheimstandorte und Mietwohnungen kann von einer Stabilisierung bis hin zu einem leichten Anstieg der Bevölkerungszahlen und damit der Einnahmen des Eigenbetriebes Abwasserentsorgung Wachau ausgegangen werden.

Wachau, 5. September 2022

---

Ines Heinze  
Betriebsleiterin

digitale Kopie



**7.1.2 Bilanz zum 31. Dezember 2018**

digitale Kopie

**Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Wachau, Wachau**  
**Bilanz zum 31. Dezember 2018**

**A K T I V A**

	31.12.2018		31.12.2017
	EUR	EUR	EUR
<b>A. ANLAGEVERMÖGEN</b>			
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		24.347,27	24.960,47
<b>II. Sachanlagen</b>			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs und anderen Bauten	137.682,60		147.913,60
2. Reinigungs- und Entsorgungsanlagen	499.858,00		550.178,00
3. Sammlungsanlagen	13.115.299,00		13.307.020,00
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.779,00		3.864,00
5. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	69.936,90		65.366,78
		13.824.555,50	14.074.342,38
<b>III. Finanzanlagen</b>			
Anteile am Zweckverbandsvermögen		493.722,01	493.722,01
		14.342.624,78	14.593.024,86
<b>B. UMLAUFVERMÖGEN</b>			
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	131.352,14		148.071,95
2. sonstige Vermögensgegenstände	0,00		36,33
		131.352,14	148.108,28
<b>II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>			
		765.767,06	645.603,41
		897.119,20	793.711,69
		15.239.743,98	15.386.736,55

## P A S S I V A

	31.12.2018		31.12.2017
	EUR	EUR	EUR
<b>A. EIGENKAPITAL</b>			
<b>I. Rücklagen</b>			
1. allgemeine Rücklagen	4.687.908,60		4.699.117,72
2. Gewinnrücklagen	<u>0,00</u>		<u>59,40</u>
		4.687.908,60	4.699.177,12
<b>II. Gewinn/Verlust</b>			
1. Gewinnvortrag	5.926,00		206.139,14
2. Entnahmen aus Kapitalrücklagen	16.200,00		16.200,00
3. Jahresgewinn/Jahresverlust	<u>87.502,68</u>		<u>(216.413,14)</u>
		109.628,68	5.926,00
		4.797.537,28	4.705.103,12
<b>B. EMPFANGENE ERTRAGSZUSCHÜSSE</b>		6.649.763,78	6.768.526,05
<b>C. RÜCKSTELLUNGEN</b>			
sonstige Rückstellungen		232.452,75	40.144,55
<b>D. VERBINDLICHKEITEN</b>			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.144.401,23		3.400.936,60
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	257,06		1.712,37
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem AZV "Obere Röder"	6.824,74		38.292,20
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	131.011,85		106.808,35
5. sonstige Verbindlichkeiten	<u>268.840,58</u>		<u>324.386,68</u>
		3.551.335,46	3.872.136,20
<b>E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>		8.654,71	826,63
		15.239.743,98	15.386.736,55



**Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Wachau, Wachau**  
**Gewinn- und Verlustrechnung**  
**für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018**

	2018 EUR	2017 EUR
1. Umsatzerlöse	686.806,18	419.787,75
2. sonstige betriebliche Erträge	<u>148.851,20</u>	<u>213.507,52</u>
	835.657,38	633.295,27
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	(324.341,31)	(353.032,85)
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(312.774,49)	(318.341,00)
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	(87.935,77)	(113.894,26)
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	361,50	295,00
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(23.464,63)	(64.735,30)
- davon aus Mitgliedsgemeinden: EUR 0,00 (Vj.: EUR 8,34)		
<b>8. Ergebnis nach Steuern</b>	<u>87.502,68</u>	<u>(216.413,14)</u>
<b>9. Jahresgewinn/-verlust</b>	<u>87.502,68</u>	<u>(216.413,14)</u>



## **Eigenbetrieb „Abwasserentsorgung Wachau“, Wachau**

### **Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018**

#### **1. Allgemeine Angaben**

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs "Abwasserentsorgung Wachau" für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 wurde nach den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO) sowie in sinngemäßer Anwendung von §§ 242 bis 287 und 289 HGB aufgestellt, soweit sich aus der SächsEigBVO nichts anderes ergibt.

Die Gliederung der Bilanz erfolgte nach § 26 Abs. 1 SächsEigBVO. In Anwendung von § 265 Abs. 5 HGB wurde das Sachanlagevermögen um die Positionen "Reinigungs- und Entsorgungsanlagen" und "Sammlungsanlagen" erweitert. Die Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte entsprechend § 28 Abs. 1 SächsEigBVO nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB.

Der Eigenbetrieb "Abwasserentsorgung Wachau" hat seinen Sitz in Wachau. Eine Eintragung im Handelsregister liegt nicht vor.

#### **2. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

##### Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

##### - Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten und - soweit sie abnutzbar sind - vermindert um planmäßige Abschreibungen ausgewiesen. Für Grunddienstbarkeiten erfolgt mangels Wertverzehr keine planmäßige, lineare Abschreibung.

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige, lineare Abschreibungen, ausgewiesen. Ein großer Teil des Sachanlagevermögens betrifft Schmutzwasserkanäle und -sammler. Für diese Vermögensgegenstände wurde eine Nutzungsdauer von 80 Jahren unterstellt.

Das Finanzanlagevermögen wird mit den geleisteten Kapitalumlagen abzüglich der Abschreibungen bewertet.

##### - Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert, vermindert um Wertberichtigungen unter Beachtung des Niederstwertprinzips, angesetzt.

Liquide Mittel sind mit dem Nennbetrag bewertet.

- Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse

Ausgewiesen werden empfangene Zuschüsse für die Herstellung von Abwasseranlagen (Fördermittel und verrechnete Abwasserabgabe). Die Bewertung erfolgt zum Nennwert. Die Auflösung erfolgt nach § 27 Abs. 2 SächsEigBVO i. V. m. § 36 Abs. 6 und § 40 SächsKomHVO-Doppik entsprechend der Bilanzentwicklung der bezuschussten Vermögensgegenstände.

- Rückstellungen

Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt und wurden bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB laufzeitadäquat abgezinst. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

- Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

- Passive Rechnungsabgrenzung

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten werden Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

### 3. Angaben zu den Einzelposten der Bilanz

#### Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist im beigefügten Anlagespiegel dargestellt.

#### Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Euro 1.852,53 (Vj. Euro 2.301,36) Forderungen gegenüber der Gemeinde Wachau enthalten. Die Forderungen haben eine Laufzeit von bis zu einem Jahr.

#### Eigenkapital

Die Kapitalrücklagen betreffen Abwasserbeiträge, Zuweisungen der Gemeinde Wachau und den Wert der unentgeltlich von Erschließungsträgern übernommenen Abwasseranlagen.

Stand Kapitalrücklage 1. Januar 2018	Euro	4.699.117,72
Zugänge Abwasserbeiträge	Euro	14.197,26
Aufhebungen Abwasserbeiträge	Euro	-9.265,78
Zugang aus BilMoG-Gewinnrücklage	Euro	59,40
Entnahmen	Euro	-16.200,00
Stand Kapitalrücklage 31. Dezember 2018	Euro	<u>4 687.908,60</u>

Nach dem Grundsatzbeschluss VA 02/01/10 vom 25. Februar 2010 werden jährlich Euro 16.200 zum Ausgleich der entstandenen Abschreibungen für übernommene Abwasseranlagen entnommen.



Sonstige Rückstellungen

Gebührenüberdeckung	Euro	197.200,00
Abwasserabgabe	Euro	12.120,00
Jahresabschlusserstellung und -prüfung	Euro	22.532,75
Sonstiges	Euro	600,00
Stand 31. Dezember 2018	Euro	<u>232.452,75</u>

Verbindlichkeitsstruktur

Die Verbindlichkeiten weisen folgende Fristigkeiten auf:

	Stand 31.12.2018 <i>Vorjahr</i> Euro	bis 1 Jahr <i>Vorjahr</i> Euro	über 1 Jahr <i>Vorjahr</i> Euro	davon über 5 Jahre <i>Vorjahr</i> Euro
Verbindlichkeiten gegenüber Kredit- instituten	3.144.401,23 3.400.936,60	258.361,63 256.535,37	2.886.039,60 3.144.401,23	1.834.069,13 2.099.866,72
aus Lieferungen und Leistungen	257,06 1.712,37	257,06 1.712,37	0,00 0,00	0,00 0,00
gegenüber der Gemeinde	131.011,85 106.808,35	51.099,23 35.712,20	79.912,62 71.096,15	0,00 0,00
gegenüber dem AZV „Obere Röder“	6.824,74 38.292,20	6.824,74 38.292,20	0,00 0,00	0,00 0,00
sonstige	268.840,58 324.386,68	78.631,65 70.777,68	190.208,93 253.609,00	0,00 0,00
	3.551.335,46 3.872.136,20	395.174,31 403.029,82	3.156.161,15 1.369.239,66	1.834.069,13 2.099.866,72

#### 4. Angaben zu den Einzelposten der Gewinn- und Verlustrechnung

##### Umsatzerlöse

	2018 Euro	2017 Euro
Schmutzwassergebühren	618.904,95	289.030,35
Straßenentwässerung	31.484,23	64.934,69
Niederschlagswassergebühren	33.900,00	65.093,21
Sonstiges	2.517,00	729,50
	686.806,18	419.787,75

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Euro 144.760,89 (Vj. Euro 144.205,27) Erträge aus der Auflösung von Sonderposten enthalten.

#### 5. Sonstige Angaben

##### Prüfungskosten

Die Prüfungskosten in Höhe von Euro 6.545,00 betreffen die örtliche und überörtliche Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2018.

##### Angaben über die Mitglieder der Organe

##### Betriebsleitung

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurde die Betriebsleitung durch

- Frau Ines Heinze, Bauamtsleiterin der Gemeinde Wachau

wahrgenommen. Die Betriebsleiterin hat für ihre Tätigkeit vom Eigenbetrieb keine Vergütung erhalten.

##### Gemeinderat

- Veit Künzelmann, Bürgermeister der Gemeinde Wachau
- Katrin Berthoid, Angestellte
- Stefan Cyriax, Lehrer (Schulleiter)
- Falk Hanitzsch, Kfz-Meister
- Helmar Heine, Steinmetz,
- Lothar Israel, Ingenieur-Ökonom
- Steffen Jakob, Tierarzt,
- Matthias Reuther, Dipl. Ing.
- Andreas Schneider, Dachdeckermeister,
- Monika Zimmermann, angestellte Verkehrskauffrau,
- Robert Zukowski, Rechtsanwalt
- Ronny Ehrlich, Mechatroniker
- Markus Klotsche, Bauingenieur
- Philipp Jentsch, Auszubildender
- Volkmar Lehmann, Diplomingenieur

- Katrin Schulze, Arztsekretärin
- Gert Tauchmann, Rentner

Betriebsausschuss

- Verwaltungsausschuss für den kaufmännischen Bereich,
- Technischer Ausschuss für den technischen Bereich

Mitglieder des Verwaltungsausschusses

- Veit Künzelmann, Bürgermeister der Gemeinde Wachau
- Katrin Berthold, Angestellte
- Stefan Cyriax, Lehrer (Schulleiter)
- Lothar Israel, Ingenieur-Ökonom
- Steffen Jakob, Tierarzt
- Matthias Reuther, Dipl.-Ing.
- Volkmar Lehmann, Diplomingenieur
- Ronny Ehrlich, Mechatroniker
- Robert Zukowski, Rechtsanwalt

Mitglieder des Technischen Ausschusses

- Veit Künzelmann, Bürgermeister der Gemeinde Wachau
- Falk Hanitzsch, Kfz-Meister,
- Helmar Heine, Steinmetz,
- Andreas Schneider, Dachdeckermeister,
- Monika Zimmermann, Angestellte Verkehrskauffrau,
- Markus Klotsche, Bauingenieur
- Gert Tauchmann, Rentner
- Philipp Jentzsch, Auszubildender
- Katrin Schulze, Arztsekretärin

Die Organe erhalten vom Eigenbetrieb keine Bezüge.

Gemeinderat bis 31.08.2019

- Veit Künzelmann, Bürgermeister der Gemeinde Wachau
- Katrin Berthold, Angestellte
- Stefan Cyriax, Lehrer (Schulleiter)
- Falk Hanitzsch, Kfz-Meister
- Helmar Heine, Steinmetz / Bauingenieur
- Lothar Israel, Ingenieur-Ökonom
- Steffen Jakob, Tierarzt
- Matthias Reuther, Dipl.-Ing.
- Andreas Schneider, Dachdeckermeister
- Monika Zimmermann, angestellte Verkehrskauffrau
- Robert Zukowski, Rechtsanwalt
- Ronny Ehrlich, Mechatroniker
- Markus Klotsche, Bauingenieur
- Philipp Jentzsch, Auszubildender
- Volkmar Lehmann, Diplomingenieur
- Katrin Schulze, Arztsekretärin
- Gert Tauchmann, Rentner

Gemeinderat seit 01.09.2019

- Veit Künzelmann, Bürgermeister der Gemeinde Wachau
- Johannes Baumgärtel, Selbständiger
- Marian Branding, Feuerwehrmann
- Falk Hanitzsch, Kfz-Meister
- Ulrike Hantsche, Redakteurin
- Helmar Heine, Steinmetz / Bauingenieur
- Markus Klotsche, Bauingenieur
- Lothar Israel, Ingenieur-Ökonom
- Steffen Jakob, Tierarzt
- Marion Mißbach, Pfarrerin
- Matthias Reuter, Dipl.-Ing.
- Andreas Schneider, Dachdeckermeister
- Kathrin Schulze, Arztsekretärin
- Tina Trepte, Selbständige
- Robert Zukowski, Rechtsanwalt

Betriebsausschuss

- Verwaltungsausschuss für den kaufmännischen Bereich,
- Technischer Ausschuss für den technischen Bereich

Mitglieder Verwaltungsausschuss bis 31.08.2019  
seit 01.09.2019

- Veit Künzelmann, Bürgermeister der Gemeinde Wachau
- Katrin Berthold, Angestellte
- Stefan Cyriax, Lehrer (Schulleiter)
- Lothar Israel, Ingenieur-Ökonom
- Steffen Jakob, Tierarzt
- Matthias Reuther, Dipl.-Ing.
- Volkmar Lehmann, Diplomingenieur
- Ronny Ehrlich, Mechatroniker
- Robert Zukowski, Rechtsanwalt

Mitglieder Verwaltungsausschuss

- Veit Künzelmann, Bürgermeister der Gemeinde Wachau
- Ulrike Hantsche, Redakteurin
- Lothar Israel, Rentner
- Steffen Jakob, Tierarzt
- Marion Mißbach, Pfarrerin
- Matthias Reuter, Dipl.-Ing.
- Tina Trepte, Selbständige
- Robert Zukowski, Rechtsanwalt

Mitglieder Technischer Ausschuss bis 31.08.2019  
bis 01.09.2019

- Veit Künzelmann, Bürgermeister der Gemeinde Wachau
- Falk Hanitzsch, Kfz-Meister
- Helmar Heine, Steinmetz/Bildhauer
- Andreas Schneider, Dachdeckermeister
- Monika Zimmermann, Angestellte Verkehrskauffrau
- Markus Klotsche, Bauingenieur
- Gert Tauchmann, Rentner
- Philipp Jentzsch, Auszubildender
- Katrin Schulze, Arztsekretärin

Mitglieder Technischer Ausschuss

- Veit Künzelmann, Bürgermeister der Gemeinde Wachau
- Johannes Baumgärtel, Eventmanager
- Marian Branding, Sächsischer feuerwehrtechnischer Landesbeamter
- Falk Hanitzsch, Kfz-Meister
- Helmar Heine, Steinmetz/Bildhauer
- Markus Klotsche, Bauingenieur
- Andreas Schneider, Dachdeckermeister
- Katrin Schulze, Arztsekretärin

Die Organe erhalten vom Eigenbetrieb keine Bezüge.

Ergebnisverwendung

Im Geschäftsjahr 2018 wurde ein Jahresgewinn in Höhe von Euro 87.502,68 erzielt. Die Betriebsleitung schlägt vor, das Ergebnis auf neue Rechnung vorzutragen.

Personalbestand

Der Eigenbetrieb beschäftigt kein eigenes Personal.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Sowohl aus der Coronapandemie als auch aus dem Ukrainekrieg haben sich bisher keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Eigenbetrieb ergeben. Inwieweit sich die stark steigenden Gas- und Strompreise auf den Eigenbetrieb auswirken werden, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht konkret beziffern. Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass die Verteuerungen über die Betriebskostenumlage und die Kosten der Betriebsführung das Jahresergebnis negativ beeinflussen werden.

Wachau, 5. September 2022

---

Ines Heinze  
Betriebsleiterin

## Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Wachau, Wachau

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

	<b>Anschaffungs- und Herstellungskosten</b>			
	Stand am 1.1.2018	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2018
	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>				
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	25.652,04	0,00	1.304,77	24.347,27
<b>II. Sachanlagen</b>				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs und anderen Bauten	403.952,87	0,00	0,00	403.952,87
2. Reinigungs- und Entsorgungsanlagen	1.856.232,64	0,00	0,00	1.856.232,64
3. Sammlungsanlagen	18.469.689,85	59.118,49	0,00	18.528.808,34
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	49.083,57	0,00	17.554,01	31.529,56
5. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	65.366,78	4.570,12	0,00	69.936,90
	20.844.325,71	63.688,61	17.554,01	20.890.460,31
<b>III. Finanzanlagen</b>				
Anteile am Zweckverbandsvermögen	974.969,25	0,00	0,00	974.969,25
	21.844.947,00	63.688,61	18.858,78	21.889.776,83

Abschreibungen			Buchwerte		
Stand am 1.1.2018 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand am 31.12.2018 EUR	Stand am 31.12.2018 EUR	Stand am 31.12.2017 EUR
691,57	0,00	691,57	0,00	24.347,27	24.960,47
256.039,27	10.231,00	0,00	266.270,27	137.682,60	147.913,60
1.306.054,64	50.320,00	0,00	1.356.374,64	499.858,00	550.178,00
5.162.669,85	250.839,49	0,00	5.413.509,34	13.115.299,00	13.307.020,00
45.219,57	1.384,00	16.853,01	29.750,56	1.779,00	3.864,00
0,00	0,00	0,00	0,00	69.936,90	65.366,78
6.769.983,33	312.774,49	16.853,01	7.065.904,81	13.824.555,50	14.074.342,38
481.247,24	0,00	0,00	481.247,24	493.722,01	493.722,01
7.251.922,14	312.774,49	17.544,58	7.547.152,05	14.342.624,78	14.593.024,86





## 7.1.5 BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An das Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Wachau, Wachau:

### *Prüfungsurteile*

Wir haben den Jahresabschluss des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung Wachau, Wachau, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung Wachau, Wachau für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2018 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

### *Grundlage für die Prüfungsurteile*

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

## *Verantwortung der gesetzlichen Vertreterin für den Jahresabschluss und den Lagebericht*

Die gesetzliche Vertreterin ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt. Ferner ist die gesetzliche Vertreterin verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist die gesetzliche Vertreterin dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist die gesetzliche Vertreterin verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist die gesetzliche Vertreterin verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

## *Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts*

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Eigenbetriebs abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von der gesetzlichen Vertreterin angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von der gesetzlichen Vertreterin dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von der gesetzlichen Vertreterin angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebs.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von der gesetzlichen Vertreterin dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von der gesetzlichen Vertreterin zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

# Rödl & Partner

Anlage 7.1.5

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Dresden, den 5. September 2022



  
Fischl  
Wirtschaftsprüfer

Rödl & Partner GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

  
Hofmann  
Wirtschaftsprüfer

digitale Kopie

## 7.2.1 Rechtliche Grundlagen

### Betrieb, Rechtsform, Sitz

Der Betrieb

#### **Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Wachau**

wird als organisatorisch, verwaltungsmäßig und finanzwirtschaftlich gesonderter Eigenbetrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Kommunaler Eigenbetrieb) der Gemeinde Wachau geführt.

Sitz des Eigenbetriebes ist **Wachau**.

### Gegenstand des Eigenbetriebs

Der Eigenbetrieb hat die Betreuung, die Herstellung und Erhaltung der örtlichen Abwasseranlagen sowie die Bereitstellung der finanziellen Mittel für die überörtlichen Abwasseranlagen und deren Refinanzierung zur Aufgabe.

### Betriebssatzung

Die rechtlichen Verhältnisse sind in der Betriebssatzung in der aktuellen Fassung vom 13. April 2016 geregelt, die der Gemeinderat der Gemeinde Wachau mit Beschluss Nr. 10/0416 beschlossen hat.

### Geschäftsjahr/Wirtschaftsjahr

ist das Kalenderjahr.

### Organe

Organe des Eigenbetriebes sind:

- der Gemeinderat
- der Betriebsausschuss
- die Betriebsleitung

## **Gemeinderat**

Gemäß § 9 der Betriebssatzung entscheidet der Gemeinderat über die ihm nach der Sächsischen Gemeindeordnung und der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung zugewiesenen Angelegenheiten, insbesondere über

- Erlass und Änderung von Satzungen,
- wesentliche Aus- und Umgestaltungen des Unternehmens,
- Wahl der Betriebsleitung,
- Festsetzung allgemeiner Tarife für privatrechtliche Entgelte,
- in den Angelegenheiten des Betriebsausschusses, wenn die Wertgrenzen überschritten werden,
- Kreditaufnahmen,
- Gewährung von Darlehen der Gemeinde an den Eigenbetrieb oder des Eigenbetriebs an die Gemeinde,
- Entnahme von Kapital,
- Festsetzung und Änderung des Wirtschaftsplans,
- Bestimmung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss und die örtliche Prüfung,
- Feststellung des Jahresabschlusses,
- Entlastung der Betriebsleitung,
- Besorgung von Kassengeschäften durch Dritte.

Darüber hinaus kann der Gemeinderat in Angelegenheiten, für die sonst der Betriebsausschuss zuständig ist, im Einzelfall vorrangig die Entscheidung treffen.

Im Jahr 2018 fanden vier Sitzungen des Gemeinderates mit Relevanz für den Eigenbetrieb statt. Folgende Beschlüsse von wesentlicher Bedeutung wurden gefasst:

Gemeinderatssitzung am 28. August 2018:

- Beauftragung der Nachkalkulation für die Jahre 2013 bis 2017 sowie der Vorkalkulation für die Jahre 2018 bis 2022

Gemeinderatssitzung am 30. Oktober 2018:

- Beschluss des Wirtschaftsplans für das Jahr 2018

## **Betriebsausschuss**

Gemäß § 8 der Betriebssatzung werden die Aufgaben des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb durch den Verwaltungsausschuss für den kaufmännischen Bereich und durch den Technischen Ausschuss für den technischen Bereich wahrgenommen. Maßgebend für die Beschlussfassung durch den Betriebsausschuss sind die in der Hauptsatzung der Gemeinde Wachau geregelten Sachverhalte und Wertgrenzen.

Der Betriebsausschuss berät die Angelegenheiten des Eigenbetriebs vor, die der Beschlussfassung durch den Gemeinderat unterliegen.

## **Betriebsleitung**

Als Betriebsleiterin vertritt Frau Ines Heinze den Eigenbetrieb.

## **7.2.2 Steuerliche Verhältnisse**

Die Gemeinde Wachau unterliegt als juristische Person des öffentlichen Rechts ausschließlich mit Betrieben gewerblicher Art der Besteuerung, § 1 Abs. 1 Nr. 6 KStG, § 2 Abs. 1 GewStG, § 2 Abs. 3 UstG a.F.

Der Eigenbetrieb erfüllt hoheitliche Aufgaben und stellt somit keinen Betrieb gewerblicher Art dar (§ 4 Abs. 5 KStG); er unterliegt nicht der Ertragsbesteuerung. Die Erlöse sind nicht umsatzsteuerbar.

digitale Kopie





## **7.2.3 Wirtschaftliche Verhältnisse**

Zwischen dem Abwasserzweckverband "Obere Röder" und der Gemeinde Wachau wurde am 14. Dezember 2000 für bestimmte Ortsteile die Übernahme der technischen Betriebsführung und die verwaltungsmäßige Abwicklung des Gebühreneinzugs durch den Abwasserzweckverband vereinbart. Im 3. Nachtrag wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2008 das gesamte Gemeindegebiet in den Gültigkeitsbereich der Vereinbarung einbezogen. Der Vertrag ist mit einer Frist von zwei Jahren zum Ende eines Kalenderjahres kündbar.

digitale Kopie



## 7.2.4 Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

### 1. Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2018

#### AKTIVA

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
<b>A. ANLAGEVERMÖGEN</b>	14.342.624,78	14.593.024,86

Eine von den Anschaffungs- und Herstellungskosten ausgehende Darstellung der Entwicklung der einzelnen Bilanzposten des Anlagevermögens enthält der Anlagespiegel (Anlage 7.1.4/6).

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	24.347,27	24.960,47

#### II. Sachanlagen

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR	EUR
Stand am 1.1.2018		14.074.342,38
Zugänge		63.688,61
Abgänge	(701,00)	
Abschreibungen	(312.774,49)	(313.475,49)
Stand am 31.12.2018		13.824.555,50

## 1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs und anderen Bauten

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
Hof- und Wegebefestigungen	78.468,00	86.054,00
Grundstückswert bebauter Grundstücke	54.675,60	54.675,60
Geschäftsbauten	4.539,00	7.184,00
	<u>137.682,60</u>	<u>147.913,60</u>

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 1.1.2018	147.913,60
Abschreibungen	<u>(10.231,00)</u>
Stand am 31.12.2018	<u>137.682,60</u>

## 2. Reinigungs- und Entsorgungsanlagen

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
Kläranlagen	459.251,00	499.573,00
Pumpwerke	40.607,00	50.605,00
	<u>499.858,00</u>	<u>550.178,00</u>

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 1.1.2018	550.178,00
Abschreibungen	<u>(50.320,00)</u>
Stand am 31.12.2018	<u>499.858,00</u>

### 3. Sammlungsanlagen

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	<u>31.12.2018</u> EUR	<u>31.12.2017</u> EUR
Ortssammler	13.105.008,00	13.294.908,00
Sonderbauwerke	<u>10.291,00</u>	<u>12.112,00</u>
	<u>13.115.299,00</u>	<u>13.307.020,00</u>

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 1.1.2018	13.307.020,00
Zugänge	59.118,49
Abschreibungen	<u>(250.839,49)</u>
Stand am 31.12.2018	<u>13.115.299,00</u>

	<u>31.12.2018</u> EUR	<u>31.12.2017</u> EUR
<b>4. Betriebs- und Geschäftsausstattung</b>	<u>1.779,00</u>	<u>3.864,00</u>

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
<b>5. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau</b>	69.936,90	65.366,78

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
<b>III. Finanzanlagen</b>	493.722,01	493.722,01

Bei den Finanzanlagen handelt es sich um den Anteil am Abwasserzweckverband "Obere Röder", Radeberg.

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
<b>B. UMLAUFVERMÖGEN</b>	897.119,20	793.711,69

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>	131.352,14	148.108,28

## 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
Forderungen	274.453,22	293.391,73
Einzelwertberichtigung	(141.901,08)	(143.824,10)
Pauschalwertberichtigung	(1.200,00)	(1.495,68)
	131.352,14	148.071,95

	<u>31.12.2018</u> EUR	<u>31.12.2017</u> EUR
<b>2. sonstige Vermögensgegenstände</b>	0,00	36,33
	<hr/>	<hr/>
	<u>31.12.2018</u> EUR	<u>31.12.2017</u> EUR
<b>II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>	765.767,06	645.603,41
	<hr/>	<hr/>

digitale Kopie

## PASSIVA

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
<b>A. EIGENKAPITAL</b>	4.797.537,28	4.705.103,12

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
<b>I. Rücklagen</b>	4.687.908,60	4.699.177,12
<b>II. Gewinn/Verlust</b>	109.628,68	5.926,00
	4.775.411,28	4.482.763,98

### I. Rücklagen

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
<b>1. allgemeine Rücklagen</b>	4.687.908,60	4.699.117,72

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
Kapitalrücklage Anschlussbeiträge	3.121.358,54	3.116.427,06
Kapitalrücklage Erschließungsträger	851.790,66	867.990,66
Kapitalrücklagen zur freien Verfügung	370.387,56	359.752,97
Kapitalrücklage Investitionen	344.371,84	354.947,03
	4.687.908,60	4.699.117,72



	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
<b>2. Gewinnrücklagen</b>	0,00	59,40
	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
<b>II. Gewinn/Verlust</b>	109.628,68	5.926,00

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
Jahresgewinn/Jahresverlust	87.502,68	(216.413,14)
Entnahmen aus Kapitalrücklagen	16.200,00	16.200,00
Gewinnvortrag	5.926,00	206.139,14
	109.628,68	5.926,00

## B. EMPFANGENE ERTRAGSZUSCHÜSSE

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
Empfangene Ertragszuschüsse öffentl. Zuwendungsgeber	6.642.019,78	6.760.561,05
Baukostenzuschüsse	7.744,00	7.965,00
	6.649.763,78	6.768.526,05

## C. RÜCKSTELLUNGEN

### sonstige Rückstellungen

Der **Bestand** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	1.1.2018 EUR	Inanspruch- nahme EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	31.12.2018 EUR
Abschluss und Prüfung	22.330,75	(17.352,58)	(65,42)	17.620,00	22.532,75
Abwasserabgabe	12.020,00	(12.020,00)	0,00	12.120,00	12.120,00
ausstehende Rechnungen	5.193,80	(4.665,29)	(528,51)	0,00	0,00
Aufbewahrungspflicht	600,00	0,00	0,00	0,00	600,00
ungewisse Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	197.200,00	197.200,00
	40.144,55	(34.037,87)	(593,93)	226.940,00	232.452,75

Bei den ungewissen Verbindlichkeiten handelt es sich um die Gebührenüberdeckung aus Abwasser, Niederschlagswasser und Straßenentwässerung des Jahres 2018.

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
<b>D. VERBINDLICHKEITEN</b>	3.551.335,46	3.872.136,20
	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	3.144.401,23	3.400.936,60
	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
<b>2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	257,06	1.712,37

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
<b>3. Verbindlichkeiten gegenüber dem AZV "Obere Röder"</b>	6.824,74	38.292,20

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
<b>4. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde</b>	131.011,85	106.808,35

**5. sonstige Verbindlichkeiten**

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
Kostenüberdeckung 2013-2017	253.611,98	317.015,03
kreditorische Debitoren	3.167,39	7.371,65
Sonstiges	12.061,21	0,00
	<b>268.840,58</b>	<b>324.386,68</b>

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
<b>E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>	8.654,71	826,63

## 2. Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

### 1. Umsatzerlöse

	2018 EUR	2017 EUR
Abwassergebühren	616.801,90	606.045,38
Erlöse aus Straßenentwässerung	104.784,23	104.624,05
Gebühren aus Niederschlagswasser	96.500,00	96.500,00
sonstige Umsatzerlöse Abwasser	2.247,00	0,00
Gebührenüberdeckung Abwasser	2.103,05	(317.015,03)
Verwaltungsgebühren	270,00	729,50
Gebührenüberdeckung Niederschlagswasser	(62.600,00)	(31.406,79)
Gebührenüberdeckung Straßenentwässerung	(73.300,00)	(39.689,36)
	<u>686.806,18</u>	<u>419.787,75</u>

### 2. sonstige betriebliche Erträge

	2018 EUR	2017 EUR
Erträge Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	144.539,89	143.984,27
Erträge aus Herabsetzung EWB	1.923,02	56.039,80
sonstige betriebliche Erträge	853,24	807,79
Erträge Auflösung von Rückstellungen	593,93	12.454,66
periodenfremde Erträge	424,44	0,00
Erträge aus Herabsetzung PWB	295,68	0,00
Erträge AW-Beiträge, BK-Zuschüsse	221,00	221,00
	<u>148.851,20</u>	<u>213.507,52</u>

### 3. Materialaufwand

	2018 EUR	2017 EUR
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
Kosten der Betriebsführung	219.892,97	223.508,97
Betriebskostenumlagen AZV	95.894,62	55.658,81
Unterhaltung Hausanschlüsse	6.918,52	279,00
Abwasserüberwachung	1.161,58	1.023,92
Kanalreinigung	473,62	39.900,71
Unterhaltung Kläranlage und -schlamm	0,00	32.393,69
Unterhaltung Pumpwerke	0,00	267,75
	<u>324.341,31</u>	<u>353.032,85</u>

	2018 EUR	2017 EUR
<b>4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen</b>	<u>312.774,49</u>	<u>318.341,00</u>

	2018 EUR	2017 EUR
<b>5. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<u>87.935,77</u>	<u>113.894,26</u>

	2018 EUR	2017 EUR
<b>6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</b>	<u>361,50</u>	<u>295,00</u>

	2018 EUR	2017 EUR
<b>7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	<u>23.464,63</u>	<u>64.735,30</u>

# Rödl & Partner

Anlage 7.2.4/12

	<u>2018</u> EUR	<u>2017</u> EUR
<b>8. Ergebnis nach Steuern</b>	87.502,68	(216.413,14)
	<hr/>	<hr/>
	<u>2018</u> EUR	<u>2017</u> EUR
<b>9. Jahresgewinn/-verlust</b>	87.502,68	(216.413,14)
	<hr/>	<hr/>

digitale Kopie

## **7.2.5 FESTSTELLUNGEN IM RAHMEN DER PRÜFUNG NACH § 53 HGrG**

Wir haben diese Prüfung auf Grundlage des IDW Prüfungsstandards: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720) des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, durchgeführt.

Nachfolgend stellen wir das Ergebnis unserer Prüfung dar. Entsprechend der Empfehlung des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf, stellen wir unseren Feststellungen die einzelnen Fragen und Unterfragen des Katalogs voran.

### **Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge**

**a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Entsprechend der Betriebssatzung hat der Eigenbetrieb einen Betriebsleiter bzw. eine Betriebsleiterin, der/die auf Vorschlag des Bürgermeisters im Einvernehmen mit dem Gemeinderat gewählt wird. In der Sitzung des Gemeinderats vom 13. April 2016 wurde Frau Ines Heinze als Betriebsleiterin gewählt. Die Aufgaben der Betriebsleitung sind in § 5 der Satzung geregelt.

Darüber hinaus werden die Aufgaben des Betriebsausschusses gemäß § 8 der Satzung durch den Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wachau für den kaufmännischen Bereich und durch den Technischen Ausschuss der Gemeinde Wachau für technische Belange wahrgenommen. Die Zuständigkeiten des Gemeinderates sind in § 9 der Satzung geregelt.

Des Weiteren liegt für den Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Wachau ein Geschäftsverteilungsplan vom 12. Oktober 2001 in Ergänzung einer vom Bürgermeister erlassenen Organisationsverordnung vom 29. August 2001 vor. Eine Aktualisierung im Hinblick auf die Neufassung der Satzung ist bislang nicht erfolgt, sodass der Geschäftsverteilungsplan nicht mehr den Bedürfnissen des Eigenbetriebs entspricht. Weitere schriftliche Anweisungen liegen nicht vor.

**b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Im Wirtschaftsjahr 2018 fanden vier Sitzungen des Gemeinderates statt, in denen Belange des Eigenbetriebs behandelt wurden. Die Niederschriften hierzu haben uns vorgelegen.

**c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Frau Ines Heinze ist auskunftsgemäß in keinem Aufsichtsrat oder anderem Kontrollgremium tätig.

**d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Die Organe erhalten vom Eigenbetrieb keine Bezüge.

## **Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen**

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Die Aufgaben der Betriebsleitung, des Betriebsausschusses und des Gemeinderates sind in der Betriebssatzung grundsätzlich geregelt. Darüber hinaus gehende Anweisungen, die vom Eigenbetrieb angewendet werden, aus denen Organisationsplan und –aufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungen ersichtlich sind, existieren nicht.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?**

Wir verweisen auf unsere Ausführungen unter a) dieses Fragenkreises.

- c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?**

Vorkehrungen zur Korruptionsprävention wurden von der Betriebsleitung nicht separat ergriffen. Auskunftsgemäß gelten die für die Gemeinde Wachau geschaffenen Vorkehrungen und Dienstanweisungen auch für den Eigenbetrieb. Als Maßnahme zur Korruptionsprävention ist die gemäß der Betriebssatzung des Eigenbetriebs für die in der Hauptsatzung der Gemeinde Wachau festgelegten Sachverhalte und Wertgrenzen einzuholenden Beschlüsse des Betriebsausschusses zu nennen.

- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Als Richtlinie für wesentliche Entscheidungsprozesse sind die gesetzlichen Vorschriften sowie die Betriebssatzung maßgeblich. Ein Entscheidungsrahmen wird zudem durch den Beschluss des Wirtschaftsplanes festgelegt. Auch Zuwendungsbescheide für Investitionszuschüsse enthalten ggf. Bedingungen, die den Eigenbetrieb binden.

Die Vergabe von Aufträgen für Lieferungen und Leistungen erfolgt grundsätzlich nach Durchführung eines Vergabeverfahrens und der Entscheidung durch den Gemeinderat oder Verwaltungsausschuss.

Spezifische Arbeitsanweisungen und -richtlinien, die den Betrieb des Eigenbetriebs betreffen, bestehen nicht.

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die genannten Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen nicht eingehalten werden.

- e) Besteht eine ordnungsgemäße Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine gegenseitigen Feststellungen ergeben.



## **Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling**

### **a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Die wesentlichen Plandaten werden im jährlichen Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs erfasst. Der Wirtschaftsplan umfasst gemäß § 16 SächsEigBVO einen Erfolgsplan, einen Liquiditätsplan, die Finanzplanung, deren konkreter Inhalt sich aus den §§ 18 bis 20 SächsEigBVO ergibt. Eine Stellenübersicht gemäß § 21 SächsEigBVO kann mangels eigener Mitarbeiter entfallen. Das Investitionsprogramm als Bestandteil des Finanzplans lässt Verknüpfungen einzelner Investitionsprojekte sowie sachliche Zusammenhänge in vorgehende und nachfolgende Perioden erkennen. Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen des Eigenbetriebes.

Der vom Eigenbetrieb für das Wirtschaftsjahr 2018 erstellte Wirtschaftsplan wurde am 30. Oktober 2018 durch den Gemeinderat beschlossen. Die Beschlussfassung erfolgte somit verspätet.

### **b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?**

Aufgrund der Haushaltskonsolidierung in 2018 erfolgten im Berichtsjahr keine gesonderten Analysen von Planabweichungen. Im Lagebericht zum Jahresabschluss 2018 erfolgte eine nachgelagerte Abweichungsanalyse.

### **c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?**

Das Rechnungswesen entspricht durch den individuellen und für Eigenbetriebe eingerichteten Kontenrahmen sowie der eingerichteten Kostenrechnung grundsätzlich den Bedürfnissen des Betriebs.

Es wird, wie bereits in Vorjahren, empfohlen, die Abläufe im Bereich der Debitorenbuchhaltung und der Offenen-Posten-Verwaltung zu optimieren und die programmseitigen Schnittstellen der Programme der DATEV eG zur Übernahme des Buchungsstoffes aus der vom Abwasserzweckverband „Obere Röder“ geführten Nebenbuchhaltung in die Finanzbuchhaltung des Eigenbetriebes zu nutzen. Bislang erfolgt dies auf Basis von Aufstellungen in Tabellenkalkulationsprogrammen.

### **d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Die laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Kämmerin der Gemeinde Wachau mithilfe einer regelmäßigen Überwachung der Einhaltung des Finanzplanes und der Investitionen.

### **e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Die Gemeinde Wachau führt für den Eigenbetrieb ein Cash-Management in der Weise durch, dass kurzfristige Liquiditätsengpässe aufgrund entsprechender vertraglicher Regelungen durch die Gemeinde Wachau ausgeglichen werden können.

**f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Die Fälligkeit der Gebühren und Entgelte ist grundsätzlich in der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Wachau (Abwassergebührensatzung) geregelt. Die Gebührenerhebung sowie der Gebühreneinzug und das Mahnwesen erfolgen im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages durch den Abwasserzweckverband „Obere Röder“. Es werden regelmäßige Abschläge auf Basis des Vorjahresverbrauches erhoben. Die Gebühren und einmaligen Entgelte werden zeitnah abgerechnet. Bei trotz Mahnung säumigen Zahlern wird in Abhängigkeit von den eingeschätzten Erfolgsaussichten das gerichtliche Mahnverfahren durch Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung durchgeführt. Dieses Mahnwesen gewährleistet, dass die Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden.

Zum Bilanzstichtag bestehen Forderungen aus Abwasserbeiträgen, zu denen teilweise Widersprüche eingelegt wurden. Diese wurden bislang nicht bearbeitet, weil die bisherige Globalberechnung nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprach. Durch die Gemeinderatsbeschlüsse vom 13. November 2013 wurde eine den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Abwassersatzung nebst Globalberechnung beschlossen; aufgrund fehlender personeller Kapazitäten konnte die endgültige Widerspruchsbearbeitung dennoch nicht erfolgen.

**g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Eine separate Controlling-Funktion ist im Eigenbetrieb nicht eingerichtet. Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses und in Bezug auf die Überwachung von Baumaßnahmen werden durch die Kämmerin der Gemeinde Wachau und/oder den Betriebsleiter nachgelagerte Controllingaufgaben teilweise durchgeführt.

**h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Der Eigenbetrieb hält keine Beteiligung an Tochterunternehmen oder andere wesentliche Beteiligungen; es besteht lediglich eine Mitgliedschaft am Abwasserzweckverband „Obere Röder“ für den Ortsteil Leppersdorf.

## **Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem**

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Ein Risikofrüherkennungssystem im Sinne eines Kennzahlensystems ist entgegen § 23 Abs. 3 SächsEigBVO nicht umgesetzt. Entsprechende Maßnahmen bzw. Frühwarnsignale werden auskunftsgemäß mündlich kommuniziert.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**

Wir verweisen auf unsere Ausführungen unter a) dieses Fragenkreises.

- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?**

Eine Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems in Form eines Maßnahmenplanes liegt nicht vor. Eventuelle Maßnahmen zur Reduzierung von Risiken werden auskunftsgemäß in Beschlüssen der Organe dokumentiert. In den Protokollen des Berichtsjahres sind keine derartigen Maßnahmen festgelegt oder dokumentiert.

- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?**

Wir verweisen auf unsere Ausführungen unter a) dieses Fragenkreises.

## Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
- Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
- Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
- Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B., ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?

Im Wirtschaftsjahr wurden keine Finanzinstrumente eingesetzt. Da der Eigenbetrieb keine Finanzinstrumente einsetzt, entfällt die Beantwortung der nachfolgenden Fragen.

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

Entfällt.

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Umfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf

- Erfassung der Geschäfte,
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse,
- Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung,
- Kontrolle der Geschäfte?

Entfällt.

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

Entfällt.

e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

Entfällt.

f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Entfällt.

## Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) **Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**

Eine interne Revision ist für den Eigenbetrieb nicht eingerichtet.

- b) **Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**

Entfällt.

- c) **Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**

Entfällt.

- d) **Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**

Entfällt.

- e) **Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**

Entfällt.

- f) **Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Entfällt.

## **Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans**

### **a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden sind?**

Diesbezügliche Anhaltspunkte haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

### **b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Im Wirtschaftsjahr 2018 wurden keine Kredite an die Betriebsleitung oder Mitglieder der Überwachungsorgane gewährt.

### **c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Eine Umgehung zustimmungspflichtiger Maßnahmen durch ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte, Maßnahmen haben wir nicht festgestellt.

### **d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Die dem Eigenbetrieb zuzurechnenden Grunddienstbarkeitsrechte wurden bislang nicht vollständig in die jeweiligen Grundbücher übernommen. Jedoch erfolgt bei jeder Anfrage, ob die Gemeinde ihr Vorkaufsrecht wahrnehmen will, eine Überprüfung, ob Grunddienstbarkeiten nachzutragen sind.

Darüber hinaus wurde der Wirtschaftsplan entgegen § 16 Abs. 1 SächsEigBVO nicht vor Beginn des neuen Wirtschaftsjahres, sondern erst am 30. Oktober 2018 – und damit verfristet – aufgestellt und beschlossen. Weiterhin wurde der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 nicht innerhalb der nach § 31 Abs. 2 SächsEigBVO vorgesehenen Frist von 4 Monaten nach dem Abschluss des Wirtschaftsjahrs aufgestellt. Zudem erfolgte die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017 entgegen § 34 Abs. 1 SächsEigBVO nicht innerhalb von 9 Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres, sondern erst am 13. Mai 2020 und damit verspätet.

## **Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen**

### **a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Die Planung von Investitionen erfolgt im Rahmen des jährlichen Wirtschaftsplanes. Sofern die Investitionen der Zustimmung des Gemeinderates bedürfen, werden auskunftsgemäß notwendige Variantenvergleiche vorgenommen und mehrere Angebote eingeholt. In diesem Zusammenhang erfolgt, sofern notwendig bzw. sachgerecht, auch die Prüfungen auf Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Im Berichtsjahr haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass etwaige Unterlagen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Die laufende Überwachung der Investitionen erfolgt primär durch den mit der Durchführung der Investitionen beauftragten Abwasserzweckverband „Obere Röder“ sowie durch die Gemeindeverwaltung anhand der regelmäßig durchgeführten Soll-/Ist-Vergleiche auf Basis des Wirtschaftsplanes für das jeweilige Wirtschaftsjahr.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Entsprechend des Wirtschaftsplans waren für 2018 TEUR 111 an Investitionen geplant. Tatsächlich umgesetzt wurden Investitionen in Höhe von TEUR 63, sodass es insgesamt zu keiner Überschreitung gekommen ist.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

## **Fragenkreis 9: Vergaberegelungen**

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Offenkundige Verstöße gegen die Vergaberegelungen haben wir nicht festgestellt.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Nach unseren Feststellungen werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, grundsätzlich mehrere Angebote eingeholt.

## **Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan**

### **a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

Auskunftsgemäß und nach den uns vorgelegten Protokollen wurde dem Gemeinderat bzw. dem Verwaltungsausschuss grundsätzlich über wesentliche Vorgänge und über den Geschäftsverlauf regelmäßig Bericht erstattet. In 2018 erfolgte, entgegen § 22 SächsEigBVO keine Zwischenberichterstattung.

### **b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/ Konzernbereiche?**

Die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebs wird in der Regel in der Zwischenberichterstattung erläutert. Da für 2018 eine Zwischenberichterstattung nicht erfolgt ist, wurde über die wirtschaftliche Lage des Jahres 2018 nicht berichtet.

### **c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?**

Wir verweisen auf unsere Ausführungen unter a) und b) dieses Fragenkreises.

### **d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?**

Seitens des Überwachungsorgans wurden auskunftsgemäß keine besonderen Wünsche zur Berichterstattung an den Eigenbetrieb herangetragen.

### **e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Wir verweisen auf unsere Ausführungen unter a) und b) dieses Fragenkreises.

### **f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Es wurde eine D&O-Versicherung für die Betriebsleitung abgeschlossen.

### **g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder, der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Auskunftsgemäß lagen im Wirtschaftsjahr 2018 keine Interessenkonflikte vor.



## **Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven**

### **a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Offensichtlich nicht betriebsnotwendiges Vermögen besteht beim Eigenbetrieb nicht.

### **b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Wir haben keine auffallend hohen oder niedrigen Bestände festgestellt.

### **c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

## **Fragenkreis 12: Finanzierung**

### **a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Die Finanzierung des Eigenbetriebs erfolgt im Wesentlichen aus Mitteln aus dem Gebühren- und Abgabenaufkommen. Liquiditätsengpässe wurden bislang durch die Bereitstellung einer Kontokorrentlinie durch die Gemeinde Wachau ausgeglichen. Die Investitionsverpflichtungen werden aus Zuschüssen der öffentlichen Hand, aus Abwasserbeiträgen, dem operativen Cash-Flow sowie über von der Gemeinde Wachau bereit gestellten Mitteln finanziert.

Der Eigenbetrieb ist für die Beseitigung des Niederschlagwassers sowie größere Instandhaltungs- bzw. Investitionsvorhaben auf Zuschüsse der Gemeinde Wachau angewiesen.

### **b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Der Eigenbetrieb ist nicht in einen Konzern eingebunden.

### **c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Im Jahr 2018 sind dem Eigenbetrieb keine Fördermittel der öffentlichen Hand für die Finanzierung von Investitionen zugeflossen.

## **Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung**

### **a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Das Eigenkapital des Eigenbetriebs beträgt zum 31. Dezember 2018 unter vollständiger Einbeziehung des Sonderpostens für empfangene Ertragszuschüsse TEUR 11.448 (Vj. TEUR 11.474). Die auf dieser Basis ermittelte Eigenkapitalquote beträgt 75,1 % (Vj. 74,6 %). Die Eigenkapitalausstattung ist für den laufenden Geschäftsbetrieb ausreichend.

### **b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?**

Der Jahresgewinn des Jahres 2018 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Darüber hinaus wird infolge des Grundsatzbeschlusses des Verwaltungsausschusses vom 25. Februar 2010 in Höhe von TEUR 16,2 eine Entnahme aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage vorgenommen. Das ist mit der wirtschaftlichen Lage des Betriebs sowie mit den gesetzlichen Bestimmungen vereinbar.

## **Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit**

### **a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?**

Der Eigenbetrieb ist ausschließlich im Bereich der Abwasserableitung und -behandlung tätig. Eine Unterteilung des Betriebsergebnisses nach Segmenten wird deshalb nicht vorgenommen.

### **b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?**

Der Jahresgewinn 2018 ist nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt.

### **c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

### **d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?**

Für die Leistungen des Eigenbetriebes werden keine Konzessionsabgaben erhoben.

## **Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen**

### **a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?**

Infolge der Neufassung der Abwassersatzung werden seit dem Jahr 2014 kostendeckende Abwassergebühren erhoben. Die Entsorgung des Niederschlagswassers wird unverändert aus dem Haushalt der Gemeinde Wachau durch entsprechende Zuschüsse finanziert.

**b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?**

Auf Grundlage der aus der Nachkalkulation gewonnenen Erkenntnisse wurde die Vorkalkulation der Gebühren für die Jahre 2018 bis 2022 vorgenommen.

**Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage**

**a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?**

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresgewinn erzielt

**b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?**

Infolge des Grundsatzbeschlusses des Verwaltungsausschusses vom 25. Februar 2010 wird ab dem Jahr 2010 jeweils ein Betrag von TEUR 16,2 zum Ausgleich von Verlusten aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage entnommen. Seit dem Jahr 2014 werden kostendeckende Abwassergebühren erhoben. Für die Jahre 2013 bis 2017 war eine Nachkalkulation, für die Jahre 2018 bis 2022 eine Vorkalkulation zu erstellen. Darauf basierend obliegt dem Gemeinderat die Entscheidung über die Fortentwicklung der Gebühren.



**7.2.6 Allgemeine Auftragsbedingungen**

digitale Kopie



# Allgemeine Auftragsbedingungen

## für

### Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

#### 1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

#### 2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

#### 3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

#### 4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

#### 5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

#### 6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

#### 7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

#### 8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

#### 9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

## 10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

## 11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

## 12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

## 13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

## 14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

## 15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.